

Rot-Rot schwächt Berlins Wirtschaft dauerhaft



Eine neue Studie der Wirtschaftswoche und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft belegt es schonungslos:

Im Vergleich der 50 einwohnerstärksten Städte Deutschlands landet Berlin zum wiederholten Male auf den letzten Plätzen, diesmal Platz 48. Berlin gehört damit zu den unattraktivsten Wirtschaftsstandorten Deutschlands. Untersucht wurden 117 ökonomische und strukturelle Indikatoren wie Arbeitseinkommen, Bruttoinlandsprodukt oder Ausbildungsplatzdichte. Laut Studie leidet die Hauptstadt vor allem unter einer hohen Kriminalitätsrate. Ebenso zeigt sich ein starkes Gefälle gegenüber anderen Städten beim Wohlstand ihrer Einwohner und der extrem hohen Arbeitslosigkeit. Nicolas Zimmer, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hat den rot-roten Senat für

diese dauerhafte Schwächung der Hauptstadt verantwortlich gemacht: „Die Zahlen sind entlarvend: 300.000 Arbeitslose, 600.000 Stunden Unterrichtsausfall und 500.000 Straftaten innerhalb eines

sich nicht um Wirtschaft und Arbeitsplätze, er tritt nur auf, wenn alle Messen gesungen sind. Und sein PDS-Wirtschaftssenator ist nur bekannt für sein Zuhören, nicht für das Beseitigen von Hindernissen oder das Lösen von Problemen. Ganz zu schweigen von einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Berlin dringend braucht.“ Zimmer erinnerte an den Vorschlag der CDU-Fraktion zu einem Jobgipfel in der Hauptstadt: „Herr Woreit hat nicht einmal

werden arbeitslos: CNH, JVC, Samsung sind nur einige Namen, hinter denen jedoch traurige Schicksale von Menschen stehen, die nun ihre Familien nicht mehr selbst ernähren können. Zimmer kündigte an, im Falle eines Wahlsiegs im September werde die CDU aus der Hauptstadt eine Existenzgründungsmetropole machen: „Wir wollen Kapital und Arbeit in Einklang bringen. Mehr Investitionen, mehr Bereitschaft zur Selbständigkeit, weniger Bürokratie, mehr Förderung für start-ups, eine neue Brücke zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Wir müssen Kräfte entfesseln. Berlin hat alle Chancen, die Potentiale zu haben: Wir haben hervorragend qualifizierte und motivierte Menschen, die endlich arbeiten wollen. Wenn der Senat dies nicht will, muss er abtreten.“

Weitere Informationen im Wahlprogramm der CDU Berlin unter: www.cduberlin.de

Rang	Stadt	Punkte
01	> München	130,6
02	> Frankfurt	126,7
03	> Stuttgart	124,4
04	> Düsseldorf	124,0
05	> Mainz	120,3
06	> Karlsruhe	119,2
07	> Mannheim	117,0
08	> Münster	115,8
09	> Köln	115,2
10	> Dresden	115,0
11	> Hamburg	114,2
12	> Wiesbaden	112,9
13	> Bonn	112,5
14	> Braunschweig	109,8
15	> Mülheim	109,3
<hr/>		
46	> Halle	82,1
47	> Lübeck	79,3
48	> Berlin	77,2
49	> Gelsenkirchen	73,8
50	> Rostock	65,2

Grafik: INSM / Wirtschaftswoche

Jahres – nicht unbedingt Werbeslogans für eine Stadt. Der Regierende Bürgermeister kümmert

reagiert.“ Anstelle dessen schließen auch weiterhin Unternehmen ihre Pforten, tausende Menschen

In Kürze

Schutz vor Terrorismus geht vor Familienrecht

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, sprach sich dafür aus, mutmaßliche Extremisten und Unterstützer von Terror konsequent auszuweisen: „Wir brauchen jede Art von Schutz vor Terroristen. Auch vor solchen Terroristen, die unter dem Deckmantel der ‚Familie‘ todbringende Pläne schmieden. Der Schutz der Bevölkerung in unserem Land muss absoluten Vorrang haben: Strafrecht muss vor Familienrecht gehen!“

Gedenkstättenkonzept des Senats nicht realisierbar

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Uwe Lehmann-Brauns, erklärte zur Verabschiedung des Gedenkstättenkonzepts durch den Berliner Senat: „Das Konzept ist nicht mit den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung abgesprochen, von der eine erhebliche finanzielle Beteiligung erwartet wird. Insoweit leidet das Papier unter einem Realisierungsmangel.“ Zudem sei das Papier ohne Beteiligung der Opferverbände erstellt worden.

Ganztagschulen stehen vor dem Kollaps

„Die drohende Aufgabe der Kronach-Grundschule in Steglitz als Ganztagschule ist ein Zeichen für das Versagen des Senats in der Bildungspolitik. Es ist jetzt nur eine Frage der Zeit, wann die nächste Ganztagschule in Berlin vor der Personalnot kapituliert“, erklärte der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer. Trotz großzügiger Finanzausstattung durch den Bund hätten SPD und Linkspartei.PDS das Bildungschaos nicht im Griff. „Die Förderung der Ganztagschulen durch Rot-Rot ist eine Mogelpackung“, so Zimmer.

Deutschland braucht Ausbildungsplätze



Die aktuellen Zahlen auf dem Lehrstellenmarkt in Deutschland sind zweifelsohne alarmierend.

Als Konsequenz jedoch das Ende des Ausbildungspaktes zu fordern, wie es die Linkspartei. PDS tut, verkenne schlichtweg die Vielfalt der Ursachen, betonte der Abgeordnete Kai Wegner in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag Ende Juni. „Der Ausbildungspakt ist noch ein junges Instrument, welches sich eines überaus komplexen Problems annehmen soll.“ Neben der Konjunkturabhängigkeit spielen leider oft die fehlende Flexibilität in der beruflichen Bildung und auch die fehlende Ausbildungsfähigkeit einiger Jugendlicher eine große Rol-

le. Nach einer Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer konnte

die vielleicht gern ausbilden würden, dies aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation oder der fehlenden Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher aber leider nicht können“, warnte Kai Wegner, der Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie ist. Es darf auch nicht vergessen werden, dass gerade die kleineren und mittelständischen Betriebe



Zwangsabgabe würde Betriebe bestrafen

jeder zweite Betrieb wegen der schlechten schulischen Vorbildung vieler Bewerber seine Ausbildungsplätze nicht besetzen.

„Eine Zwangsabgabe würde die Betriebe bestrafen,

in Deutschland rund 82 % aller Lehrlinge ausbilden, wofür ihnen unser Dank gebührt, sicher jedoch nicht die Drohung mit Zwangsmaßnahmen. Vielmehr sollte den ausbildenden Betrieben in vie-

lerlei Hinsicht Entgegenkommen gezeigt werden. Das betrifft vor allem die Anhebung der viel diskutierten Qualität der schulischen Ausbildung. Kai Wegner weist darauf hin, dass die Ergebnisse des Ausbildungspaktes deutliche regionale Unterschiede zeigen. „In den Ländern, in denen die Union regiert ist die Ausbildungsmarktsituation deutlich erfreulicher als beispielsweise in den von Rot-Rot regierten Schlusslichtern Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.“ Wegner fordert Arbeitgeber, Gewerkschaften und Politik auf, konstruktiv zusammenzuarbeiten und die Herausforderung für mehr Ausbildungsplätze gemeinsam anzugehen, statt den Unternehmen die alleinige Verantwortung durch eine Zwangsabgabe aufzuerlegen.

Rang	Stadt	Punkte
01	> München	130,6
02	> Frankfurt	126,7
03	> Stuttgart	124,4
04	> Düsseldorf	124,0
05	> Mainz	120,3
06	> Karlsruhe	119,2
07	> Mannheim	117,0
08	> Münster	115,8
09	> Köln	115,2
10	> Dresden	115,0
11	> Hamburg	114,2
12	> Wiesbaden	112,9
13	> Bonn	112,5
14	> Braunschweig	109,8
15	> Mülheim	109,3
<hr/>		
46	> Halle	82,1
47	> Lübeck	79,3
48	> Berlin	77,2
49	> Gelsenkirchen	73,8
50	> Rostock	65,2